

**Sehr geehrte Damen und Herren,**

mein Name ist Ingrid Eckert; ich bin Betriebsratsvorsitzende des Druck- und Verlagshauses, das die Frankfurter Rundschau herausgibt.

Ich möchte mich ausdrücklich bedanken, dass mir heute hier die Gelegenheit gegeben wird, im Namen der Beschäftigten unser Anliegen vortragen zu können. Die Frankfurter Rundschau ist wieder ins Gerede gekommen und ich möchte Ihnen an dieser Stelle unsere Sicht der Ursachen für die neuerlichen Turbulenzen schildern. Dies auch im Rahmen: Gute Arbeit – Guter Lohn.

Wie Ihnen bekannt ist, hat die SPD-eigene Medienholding DDVG vor vier Jahren 90 Prozent der Anteile an der Frankfurter Rundschau erworben. Zu diesem Zeitpunkt waren alle froh über diese Übernahme. Ohne diesen Einstieg wäre es nicht weitergegangen. In langen und harten Verhandlungen zwischen ver.di, dem Betriebsrat und der DDVG ist es damals gelungen, den Plan für den Beitrag der Belegschaft an einem Konzept zur Sanierung zu erstellen. So wurden dadurch rund 65 Mio. eingespart. Dies beinhaltet die eingesparten Arbeitsplätze. Insgesamt wurden seit 2001 die Beschäftigten von 1650 auf inzwischen knapp 600 reduziert!

Inzwischen hat die DDVG einen Teil ihrer Anteile an den Medienkonzern DuMont Schauberg in Köln veräußert. Dadurch ist DuMont mit 50 Prozent und einer Stimme Mehrheitseigner der Frankfurter Rundschau.

Nach dem Auslaufen verschiedener Betriebsvereinbarungen und eines Haustarifvertrages sind jetzt von der Geschäftsführung weitere 16 Entlassungen im Bereich Rechnungswesen und Controlling angekündigt worden. Diesen Beschäftigten war ein Jahr zuvor der Erhalt ihrer Arbeitsplätze garantiert worden.

Gleichzeitig wurde angekündigt, eine FR-Design GmbH zu gründen. Die soll sich einerseits per Betriebsübergang nach Paragraph 613a BGB aus Teilen der Redaktion formieren. Dazu zählen Technische Redaktion, Foto, Layout, Infografik sowie die Produktionssteuerung. Davon sind 15 Beschäftigte betroffen.

Der andere Teil dieser GmbH soll sich aus Mitarbeitern der hauseigenen Leiharbeitsfirma der FR, dem Pressedienst Frankfurt (PDF) rekrutieren. Diese Beschäftigten werden weit unterhalb des gültigen Tarifs für Redakteure bezahlt. Die Leiharbeitsfirma wurde vor rund zwei Jahren gegründet, um die Scheinselbständigkeit von ständig freien Mitarbeitern und Layoutern aufzuheben und dem Verlag das Einklagen der Mitarbeiter in das Druck- und Verlagshaus zu ersparen.

Auch in der FR-Design GmbH sollen die künftig dort Beschäftigten nicht nach dem gültigen Tarifvertrag für Beschäftigte in der Druckindustrie bzw. für Redakteure an Tageszeitungen bezahlt werden. Die bereits gegründete, aber noch nicht aktive FR-Design GmbH hat sich dem Tarif für Groß- und Außenhandel / Verlage angeschlossen. Allein die Gehaltsunterschiede zum Tarifvertrag der Druckindustrie bzw. der Redakteure betragen zwischen 800 und 1000 Euro brutto monatlich. Weitere Unterschiede zu den Tarifen für Beschäftigte der Druckindustrie bzw. Redakteure mit

erheblichen pekuniärem Wert sind darin nicht berücksichtigt. Die bisherigen DuV-Beschäftigten, die in diese GmbH kämen, haben mit ihren tariflichen und erworbenen Rechten laut Gesetz ein Jahr lang Bestandsschutz, danach können ihre Besitzstände angegriffen werden. Geschäftsführung und Chefredaktion haben dies bisher nicht ausgeschlossen, ganz im Gegenteil. Bei einer Betriebsversammlung im April hat Chefredakteur Dr. Uwe Vorkötter zu der GmbH wörtlich gesagt: „Wir können uns die Tarife nicht mehr leisten“. Und der jetzige Geschäftsführer Karlheinz Kroke meinte: „Wir können Ihnen für ein Jahr Schutz anbieten. Was nach diesem Jahr ist, das können wir nicht sagen.“

Bei den beabsichtigten Maßnahmen handelt es sich aus unserer Sicht um Tarifflicht und Lohndumping. Das geschieht zur Zeit bei vielen Verlagen in Deutschland. Darüber hinaus müssen wir befürchten, dass auch weitere Teile von Verlag und Redaktion in GmbHs aufgeteilt werden, um einerseits die Tarife zu unterlaufen und andererseits die Frankfurter Rundschau in viele kleine Teile zu zerlegen – mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Arbeitnehmerrechte. Für die FR-Außenredaktionen hat Chefredakteur Vorkötter bereits GmbH-Lösungen angedeutet. Der Geschäftsführer der FR hatte zu Beginn seiner Tätigkeit bei der FR den Erhalt eines einheitlichen Betriebes garantiert und ein Zerteilen in GmbHs ausgeschlossen. Diese Aussage war seinerzeit nicht unwichtig für die Beschäftigten des DuV, da Kroke durch seine Tätigkeit bei der Koblenzer Rhein-Zeitung als Vorreiter bei der „GmbHisierung“ des dortigen Verlages verantwortlich war.

Vor diesem Hintergrund ist es auch für viele Beschäftigte der FR unerträglich geworden, nach außen als links-liberale Zeitung aufzutreten und soziale Gerechtigkeit vom anderen einzufordern, während im eigenen Haus diese sozialen Forderungen und Ansprüche von Geschäftsführung und Chefredaktion in grober Weise missachtet werden.

Substanzielle Verhandlungen mit ver.di und dem Betriebsrat über die beabsichtigten Maßnahmen hat sich die Geschäftsführung bisher entzogen bzw. verweigert. Ein mittel- bzw. langfristiges unternehmerisches Gesamtkonzept, das auch die Erlösseite berücksichtigt, wurde uns nicht vorgelegt. Ein sozialpartnerschaftliches Miteinander wurde aufgekündigt.

Wir müssen davon ausgehen, dass der Verlag M. DuMont Schauberg und die SPD-eigene DDVG Einvernehmen über diese beschriebenen Schritte – Kündigungen und GmbH – erzielt haben. Laut der eigenen Unternehmensphilosophie ist die DDVG der Tradition der sozialdemokratischen Unternehmungen verpflichtet. „Ihre Entscheidungen orientieren sich streng nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, ohne dabei die sozialen Verpflichtungen unternehmerischen Handelns zu ignorieren“, heißt es da in den verlagseigenen Richtlinien der DDVG weiter.

Wenn das so ist, dann fragen wir uns, ob ein sozialdemokratisches Unternehmen es sich vor sich selbst und im Licht der Öffentlichkeit leisten kann, Tarifflicht, Leiharbeit, Outsourcing und Lohndumping nicht nur zu dulden, sondern zu unterstützen. Dieser Widerspruch zu den Zielen Ihrer Partei und Ihrer politischen

Arbeit ist eklatant. Dazu sollten Sie nicht schweigen – genauso wenig wie wir zu den Widersprüchen im eigenen Haus schweigen können.

*„Durch Befristungen, Unternehmensausgliederungen, Leiharbeit und die massive Zunahme niedrig entlohnter Beschäftigung ist Arbeit für viele keine sichere Lebensgrundlage mehr.“*

So heißt es analysierend in dem Hamburger Programm der SPD unter dem Titel „Arbeit für alle. Und weiter heißt es in dem Papier unter dem Punkt „Teilhabe am Haben und Sagen“:

*„Die Tarifautonomie ist ein hohes Gut. Arbeitgeber und Arbeitnehmer entscheiden in Deutschland in eigener Zuständigkeit über Löhne und Arbeitsbedingungen. Dies bleibt unangetastet. Wir wollen starke und handlungsfähige Gewerkschaften, die große Teile der Belegschaften repräsentieren und streikfähig sind.“*

Und schließlich unter „Sicherheit im Wandel“:

*„Gute Arbeit schließt gesicherte Arbeitnehmerrechte ein: Die Mitbestimmung, die Betriebsverfassung, die Tarifautonomie, der Flächentarif, der Arbeits- und der Kündigungsschutz sind unverzichtbar.“*

Wir halten diese Grundsätze Ihrer Partei für richtig. Wir halten es auch für richtig, Ihnen zu sagen, dass wir diese Grundsätze durch die beschriebenen Ansinnen und Handlungsweisen der Geschäftsführungen des Verlages DuMont Schauberg, der Frankfurter Rundschau und der DDVG als verletzt ansehen,

Entsprechende Handlungen der DDVG würden die Ziele und Absichten der Sozialdemokraten im höchsten Maße unglaubwürdig machen und konterkarieren.

Wir appellieren daher an Sie: Nutzen Sie bitte Ihren Einfluss, darauf zu drängen, dass die beschriebenen Anfänge einer Zerschlagung der Frankfurter Rundschau nicht in die Tat umgesetzt werden. Entscheiden Sie sich heute dafür, der DDVG ein klares Signal zu geben, sich nicht an den umstrittenen Praktiken der Tariffucht zu beteiligen. Die DDVG muss sich an ihrer Unternehmensphilosophie orientieren, die die soziale Verpflichtung in ihr unternehmerisches Handeln einschließt.

Dies wäre das richtige Signal an die Belegschaft der Frankfurter Rundschau, an die Leser der Frankfurter Rundschau und an alle Mitbürger!  
Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit..

***Rede auf SPD-Hessen-Süd, Neu Iseburg am 14. Juni 2008 BR-Vorsitzende der FR  
Ingrid Eckert***